



Verantwortungsvoller Konsum und Produktion Arbeitspapier zum SDG 12



Zur Einführung

Im Rahmen der «[Sustainability Research Initiative](#)» der Akademie der Naturwissenschaften will die SAGW im Jahre 2021 das Sustainable Development Goal (SDG) 12 breit bearbeiten.

Vorgesehen ist,

- mit den Fachgesellschaften sowie weiteren der SAGW angeschlossenen Akteuren eine Veranstaltungsreihe unter dem Titel «Verantwortungsvoller(-loser) Konsum» durchzuführen,
- mit der Thematik befasste Forschende in einem geschlossenen Workshop zu vernetzen und damit Forschungsprojekte zu Konsum anzustossen
- und schliesslich die gewonnenen Erkenntnisse in einer öffentlichen Veranstaltung zu thematisieren und zu vermitteln.

Dieses Arbeitspapier, ein *Work in progress*, soll eine erste Auslegeordnung zur Vorbereitung der drei genannten Formate sein. Es legt die Bedeutung des SDG 12 und die diesem Ziel zugeordneten Handlungsfelder dar, gibt einen Überblick zu laufenden Aktivitäten und zum Forschungsstand, identifiziert mögliche Themen und Lösungsansätze und generiert Fragestellungen.

Die Bedeutung des SDG 12

Die gegenwärtige Nutzung der natürlichen Ressourcen bedroht zunehmend die Lebensgrundlagen von zahlreichen Bevölkerungsgruppen. Der hohe Handlungsbedarf wurde vielfach wissenschaftlich ausgewiesen. Auch im Alltag werden die negativen Auswirkungen auf die physische und soziale Umwelt spür- und sichtbar. Mit der Agenda 2030 liegt ein globaler Referenzrahmen vor, mit dem eine nachhaltige ökologische, soziale und ökonomische Entwicklung auf globaler, nationaler, regionaler und lokaler Ebene eingeleitet werden soll.

Aus den in der Agenda festgelegten 17 Nachhaltigkeitszielen und deren 169 Unterzielen ergeben sich zahlreiche Wechselwirkungen, die zu Synergie- und Konfliktpotenzialen führen. Unbestritten ist jedoch, dass der Verbrauch von natürlichen Ressourcen vom *Gesamtkonsum* abhängt, der durch den ökologischen Fussabdruck pro Kopf erfasst werden kann:

«Die Grösse des durchschnittlichen Ökologischen Fussabdrucks pro Kopf hängt vom *Gesamtkonsum* eines Landes ab. Die Unterschiede erklären sich durch *Lebensstile* und *Konsummuster* der Bevölkerung. Wichtige Einflussfaktoren sind die *Menge konsumierter Lebensmittel*, die Nutzung von Waren und Dienstleistungen sowie die CO₂-Emissionen, die bei der Bereitstellung der Waren und Dienstleistungen entstehen.»¹

¹ WWF (2018): [Living Planet Report 2018](#). Kurzfassung, S. 14. Hervorhebungen im Zitat durch den Autor.

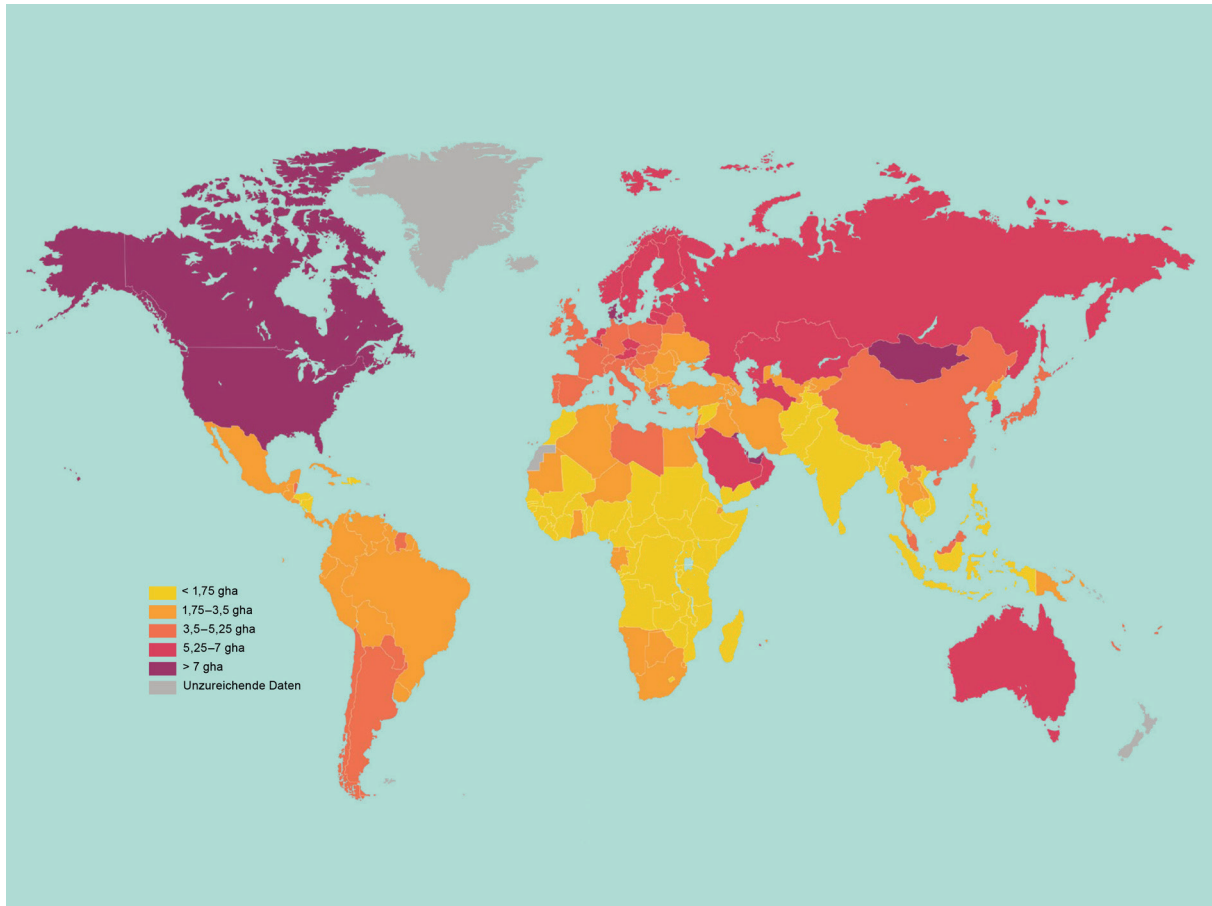


Abb.1: Weltkarte des Konsumfußabdrucks (Stand 2014): Durchschnittlicher Ökologischer Fußabdruck in globalen Hektar pro Kopf im jeweiligen Land.
Quelle: WWF (2018), S. 14–15.

Verantwortungsvoller Konsum und Produktion – Globale Betrachtung

Die Weltbevölkerung konsumiert gegenwärtig mehr Ressourcen, als die Ökosysteme bereitstellen können. Damit die soziale und wirtschaftliche Entwicklung im Rahmen der Tragfähigkeit der Ökosysteme stattfinden kann, muss die Art und Weise, wie unsere Gesellschaft Güter produziert und konsumiert, grundlegend verändert werden.

Im Rahmen der Agenda 2030 will die UNO mittels der folgenden elf Ziele nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster umsetzen:

- 12.1: Den Zehnjahres-Programmrahmen für nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster umsetzen, wobei alle Länder, an der Spitze die entwickelten Länder, Massnahmen ergreifen, unter Berücksichtigung des Entwicklungsstands und der Kapazitäten der Entwicklungsländer
- 12.2: Bis 2030 die nachhaltige Bewirtschaftung und effiziente Nutzung der natürlichen Ressourcen erreichen
- 12.3: Bis 2030 die weltweite Nahrungsmittelverschwendung pro Kopf auf Einzelhandels- und Verbraucherebene halbieren und die entlang der Produktions- und Lieferkette entstehenden Nahrungsmittelverluste einschliesslich Nachernteverlusten verringern
- 12.4: Bis 2020 einen umweltverträglichen Umgang mit Chemikalien und allen Abfällen während ihres gesamten Lebenszyklus in Übereinstimmung mit den vereinbarten internationalen Rahmenregelungen erreichen und ihre Freisetzung in Luft, Wasser und Boden erheblich verringern, um ihre nachteiligen Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit und die Umwelt auf ein Mindestmass zu beschränken
- 12.5: Bis 2030 das Abfallaufkommen durch Vermeidung, Verminderung, Wiederverwertung und Wiederverwendung deutlich verringern



- 12.6: Die Unternehmen, insbesondere grosse und transnationale Unternehmen, dazu ermutigen, nachhaltige Verfahren einzuführen und in ihre Berichterstattung Nachhaltigkeitsinformationen aufzunehmen
- 12.7: In der öffentlichen Beschaffung nachhaltige Verfahren fördern, im Einklang mit den nationalen Politiken und Prioritäten
- 12.8: Bis 2030 sicherstellen, dass die Menschen überall über einschlägige Informationen und das Bewusstsein für nachhaltige Entwicklung und eine Lebensweise in Harmonie mit der Natur verfügen
- 12.a: Die Entwicklungsländer bei der Stärkung ihrer wissenschaftlichen und technologischen Kapazitäten im Hinblick auf den Übergang zu nachhaltigeren Konsum- und Produktionsmustern unterstützen
- 12.b: Instrumente zur Beobachtung der Auswirkungen eines nachhaltigen Tourismus, der Arbeitsplätze schafft und die lokale Kultur und lokale Produkte fördert, auf die nachhaltige Entwicklung entwickeln und anwenden
- 12.c: Die ineffiziente Subventionierung fossiler Brennstoffe, die zu verschwenderischem Verbrauch verleitet, durch Beseitigung von Marktverzerrungen entsprechend den nationalen Gegebenheiten rationalisieren, unter anderem durch eine Umstrukturierung der Besteuerung und die allmähliche Abschaffung dieser schädlichen Subventionen, um ihren Umweltauswirkungen Rechnung zu tragen, wobei die besonderen Bedürfnisse und Gegebenheiten der Entwicklungsländer in vollem Umfang berücksichtigt und die möglichen nachteiligen Auswirkungen auf ihre Entwicklung in einer die Armen und die betroffenen Gemeinwesen schützenden Weise so gering wie möglich gehalten werden.²

Bemerkenswert ist, dass für das SDG 12 explizit die höchst entwickelten Länder aufgefordert sind, Massnahmen zu ergreifen.

Priorisierung der 17 SDG-Ziele im Rahmen der Strategie Nachhaltige Entwicklung in der Schweiz

Bereits in der [Strategie Nachhaltige Entwicklung 2016–2019](#) gehörte «Verantwortungsvoller Konsum und Produktion» (SDG 12), neben «Siedlungsentwicklung, Mobilität und Infrastruktur» (SDGs 9 und 11) sowie «Energie und Klima» (SDGs 7 und 13), zu den priorisierten Nachhaltigkeitszielen.³

Im genannten Strategiepapier legte der Bundesrat 2016 für das SDG 12 folgende fünf Ziele fest (S.16–18):

1. Unternehmen nehmen ihre gesellschaftliche Verantwortung in der Schweiz und im Ausland – überall dort, wo sie tätig sind – wahr.
2. Unternehmen schöpfen ihre Ressourceneffizienz durch eine optimale Gestaltung ihrer Produktionsprozesse und Produkte aus.
3. Die wirtschaftlichen und technischen Potenziale zur Schliessung von Stoffkreisläufen sind genutzt.
4. Konsumentinnen und Konsumenten verfügen über ausreichende Informationen, um Kaufentscheidungen basierend auf Qualitäts-, Sicherheits- und Gesundheitsaspekten sowie in Kenntnis von ökologischen und sozialen Auswirkungen treffen zu können
5. Der private Konsum trägt zur Reduktion des Ressourcenverbrauchs und der damit zusammenhängenden Umweltbelastung bei.

Aktivitäten und Forschungsstand zu den fünf Zielen des SDG 12 in der Schweiz

Einen guten Einblick zur Auseinandersetzung mit den fünf genannten Zielen gibt der [Länderbericht 2018 der Schweiz](#) (siehe Anhang II). Ausgehend von der [Bestandesaufnahme für den Länderbericht 2018 der Schweiz](#) deutet vieles daraufhin, dass im Bereich der Produktion bis heute deutlich mehr politische Initiativen und Forschungsprogramme lanciert wurden als im Bereich der *Konsumption*.⁴

² Abschnitt 2 übernommen aus: www.eda.admin.ch/agenda2030 (leicht gekürzt und adaptiert).

³ Schweizerischer Bundesrat (2016): Strategie Nachhaltige Entwicklung 2016–2019.

⁴ Die Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung durch die Schweiz. Bestandesaufnahme für den Länderbericht 2018, hg. vom Departement für auswärtige Angelegenheiten und vom Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation, Bern, 2018.



Das Ziel 1 (internationale Verantwortung) wurde mit dem [Grundlagenbericht Rohstoffe](#) (2013) aufgenommen und 2016 mit dem [nationalen Aktionsplan](#) zur Umsetzung der UNO-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte angegangen. Im selben Jahr wurden 20 Millionen Franken für Forschungsarbeiten für eine nachhaltige Finanzmarktpolitik bereitgestellt. Intensiv mit den multinationalen Konzernen befasst sich die OECD; die internationale Verantwortung wird gegenwärtig zudem im Zusammenhang mit der Konzerninitiative öffentlich breit diskutiert.

Die Ziele 2 und 3 (Ressourceneffizienz und Stoffkreisläufe) wurden adressiert durch: den [Aktionsplan «Grüne Wirtschaft»](#) (2013) und dem entsprechenden [Massnahmenplan](#) (2016) und dem [Positionspapier und Aktionsplan](#) des Bundesrates zur Verantwortung der Unternehmen für Gesellschaft und Umwelt (2015). Mit der nachhaltigen Produktion befasst sind die auf die Energiewende 2050 ausgerichteten Nationalen Forschungsprogramme (NFP) 70 und 71 sowie das NFP 73 zu Nachhaltiger Wirtschaft, das 2024 abgeschlossen wird. Auf die Produktion zielt auch der [«European Green Deal Call»](#) im Rahmen von Horizon 2020.

Die den Konsum betreffenden Ziele 4 und 5 wurden bislang in einzelnen Studien⁵, nicht aber in grösseren Forschungsprogrammen bearbeitet. Hier besteht ein Nachholbedarf: Mehr als berechtigt und notwendig ist die Auseinandersetzung mit dem Konsum, weil dessen negativen Effekte ungebrochen zunehmen und dies mit globalen Auswirkungen – Anders gewendet: *Investiert wird in jene Bereiche, die Fortschritte erzielen, hingegen nicht dort, wo der negative Trend ungebrochen ist.*

Mangelnde Initiativen und Forschungsprojekte im Bereich Konsumtion

Es braucht kaum näher erklärt und begründet zu werden, weshalb die Unternehmen und deren Dachorganisationen in der Produktion Fortschritte erzielt haben: Im Vergleich zu den Konsumenten sind letztere a) eine kleinere, homogenere und organisiertere Grundgesamtheit mit einem gemeinsam geteilten Zweck (Gewinn), die b) seit langem staatlich reguliert werden und deren Fortschritte nebst ad-

ministrativen Sozialtechnologien c) über Technologien im engeren Sinne erzielt werden. Die Konsumenten hingegen sind heterogen und ihr Verhalten kann weder reguliert noch technologisch gesteuert werden.

Die angestrebten nachhaltigen Produktionsmuster (Öko-Effizienz) können mit technologischen Instrumenten in einem breiten Sinne erzielt werden. Die angestrebten nachhaltigen Konsummuster hingegen sind in allen Aspekten eine soziokulturelle und gesellschaftspolitische Herausforderung.

Fokus: neue und nachhaltige Konsummuster und Verantwortung für die Produktion im Ausland

Mindestens drei Argumente sprechen dafür, den Fokus auf den *Konsum* und nach Möglichkeit unter Einbezug der *Verantwortung von schweizerischen Unternehmen der Produktion im Ausland* (Ziele 1, 4 und 5) zu legen:

Hebelwirkung

Gemäss einem Bericht des Sustainable Development Solutions Network Switzerland (SDSN) von 2019⁶ hat das SDG 12 und dessen Unterziele insbesondere in der Schweiz das grösste Synergiepotenzial mit Blick auf die weiteren SDGs:

5 Stellvertretend für weitere: Stiftung Mercator Schweiz: Nachhaltiger Konsum – Die Suche nach dem rechten Mass (Projektlaufzeit 2015–2016); gfs.bern (2010): Erfolgsdreieck von Umweltinformationen: Prägnant, präzise und prämiert. Studienbericht im Auftrag vom Bundesamt für Umwelt, Bern; Visschers, Vivianne (2009): Konsumverhalten und Förderung des umweltverträglichen Konsums. Bericht im Auftrag des Bundesamtes für Umwelt, hg. von der ETH Zürich. Weitere Studien finden sich auf der Website des Bundesamtes für Umwelt: www.bafu.admin.ch unter «Wirtschaft und Konsum».

6 Sustainable Development Solutions Network Switzerland (2019): Über Silos hinweg kohärente Politik gestalten. Die Bedeutung von Wechselwirkungen zwischen den SDGs für eine weitsichtige Nachhaltigkeitspolitik der Schweiz, Zürich.



Prioritäre Handlungsbereiche (beeinflusst)									
	Armutsbekämpfung & Globale Verantwortung	Nachhaltige Nahrungssysteme	Umweltverschmutzung	Bildung für nachhaltige Entwicklung	Nachhaltige Energiesysteme	Grünes Wachstum & Kreislaufwirtschaft	Klimaschutz	Schutz & nachhaltige Nutzung von Ökosystemen	Summe pro Unterziel
1.1		0	0	0	1	1	-1	0	1
1.2		2	0	2	2	2	-1	1	8
1.4		1	0	1	1	1	0	1	5
1.a		0	0	0	0	1	-1	0	0
2.3	0		-2	1	-1	-1	-1	-3	-7
2.4	1		2	1	0	2	2	2	10
3.9	0	2		0	0	2	1	2	7
6.3	1	2		0	0	3	0	2	8
4.7	2	1	1		1	2	1	1	9
7.1	2	0	-1	0		-1	-2	-1	-3
7.2	0	1	2	0		2	3	0	8
7.3	1	1	1	0		3	2	1	9
8.4	-1	2	1	0	1		2	2	7
12.2	1	3	2	0	1		2	2	11
12.5	0	1	3	0	2		2	2	10
12.6	0	1	1	1	1		2	1	7
13.2	-1	2	2	0	2	2		2	9
13.3	0	1	1	2	1	1		1	7
15.1	0	1	2	1	1	1	2		8
15.2	0	0	1	1	1	1	2		6
15.3	0	2	1	0	0	1	2		6
15.4	0	1	1	1	-1	1	1		4
15.5	0	2	1	1	-1	1	1		5
15.a	-1	1	2	1	0	1	1		5

Abb.2: Wechselwirkungsmatrix zwischen den prioritären Unterzielen und Handlungsbereichen für die Schweiz.
 Quelle: SDSN (2019), S. 9.

Folgt man den Daten aus dem Monitoringsystem für die Agenda 2030 des Bundesamts für Statistik (Monet-Daten) wirken sich die dem Konsum zugeordneten Unterziele – die nachhaltige Bewirtschaftung und effiziente Nutzung von natürlichen Ressourcen sowie die Vermeidung von Abfall – signifikant auf die SDG 2 (Kein Hunger), SDG 3 (Gesundheit), SDG 7 (Energie) und SDG 15 (Leben an Land) aus.

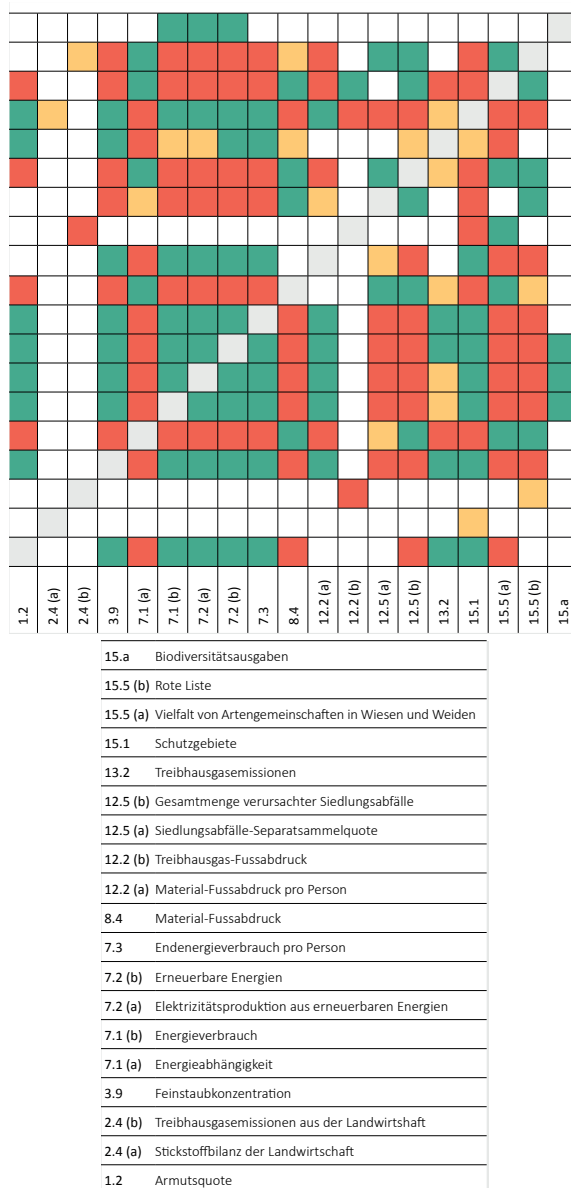


Abb.3: Korrelationen (Synergien und Zielkonflikte) zwischen den SDG-Unterzielen in der Schweiz, berechnet auf Basis des Monet-Indikatoren-systems des Bundesamts für Statistik.
 Quelle: SDSN (2019), S. 11.



Erfolge in der Produktion – keine Fortschritte in der Konsumtion

Die vorliegenden Indikatoren zeigen, dass insbesondere im Bereich der privaten Konsumtion keine Fortschritte erkennbar sind und sich der negative Trend verstärkt (rote Zone). In der Produktion, namentlich in der Reduktion des CO₂-Ausstosses sowie weiterer Treibhausgase, ist die Schweiz hingegen auf den ersten Rängen und der Trend ist positiv (grüne Zone). Im Länderbericht 2018 zur Umsetzung der Agenda 2030 durch die Schweiz fehlen Daten für das SDG 12⁷. Festgestellt wurde auch, dass die Ernährung, das Wohnen und die Mobilität 70 Prozent der Gesamtumweltbelastung im Konsumbereich verursachen (siehe Abb. 6).

12.2	Material-Fussabdruck pro Person			
	Treibhausgas-Fussabdruck			
12.5	Gesamtmenge verursachter Siedlungsabfälle			
	Siedlungsabfälle-Separatsammelquote			
12.8	Umweltrelevantes Verhalten im Alltag			
12.c	Steuerbegünstigungen auf Mineralölsteuer			

Gesamtmenge verursachter Siedlungsabfälle		
In der Schweiz wurden 2016 6.1 Millionen Tonnen Siedlungsabfälle produziert, davon wurden 53 % separat gesammelt und dem Recycling zugeführt.	<i>UNO: «Nachhaltiger Konsum und nachhaltige Produktion zielen darauf ab, «aus weniger mehr zu machen», [...] durch die Verringerung von Ressourceneinsatz, Umweltbelastung und Verschmutzung während des gesamten Lebenszyklus [...] die Lebensqualität zu erhöhen.»</i>	Ziel:
+ 28.1% seit 2000	Zielsetzung des Bundes Die Umweltbelastung durch Abfälle wird reduziert. Die wirtschaftlichen und technischen Potenziale zur Schliessung von Stoffkreisläufen sind genutzt.	Trend: Beurteilung:

Abb.4: Trends im Konsumverhalten in der Schweiz
 Quelle: Länderbericht der Schweiz 2018, S. 19.

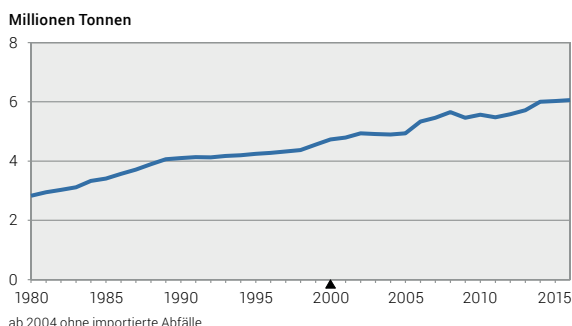


Abb.5: Gesamtmenge verursachter Siedlungsabfälle
 Quelle: Bundesamt für Statistik (2018), S. 22.

⁷ Schweizerische Eidgenossenschaft (2018): Die Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung durch die Schweiz. Länderbericht der Schweiz 2018, Bern.

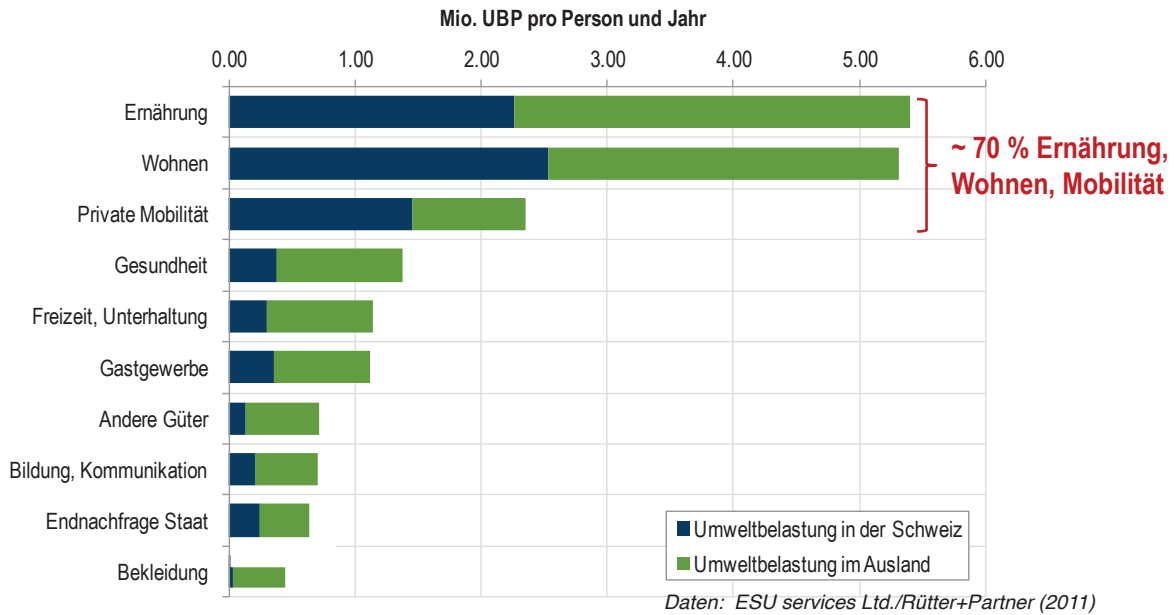


Abb.6: Gesamtumweltbelastung nach Konsumbereichen
 Quelle: Dialog 2030 für nachhaltige Entwicklung.

Themenfelder, Lösungsansätze und Fragestellungen

Unter Berücksichtigung der internationalen Verknüpfungen sowie dem dominanten Wirtschaftsmodell führt der Konsum beziehungsweise die Unterziele 4 und 5 zu grundlegenden Fragestellungen und Themenfeldern, die bearbeitet und beantwortet werden müssen, wenn die Schweiz als hochentwickelte Volkswirtschaft einen wirksamen Beitrag zum SDG 12 leisten will. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit lassen sich die nachfolgenden Felder identifizieren:

Neue Leit-Paradigmen

Da es keine «Empirie für die Zukunft gibt», nicht länger die Knappheit, sondern der Überschuss das Problem ist und damit das Leitparadigma des Wachstums brüchig geworden ist, stellt sich die Frage, welche neue Leit-Paradigmen sich anbieten.

Lösungsansätze: Narrative zu und für eine nachhaltige Zukunft, ökonomische und gesellschaftliche Resilienz als Leitziel

Fragestellungen: Wie und welche Zukunftsvorstellungen können in einer offenen, demokratischen, individualisierten Gesellschaft generiert und vermittelt werden? Sind grosse und kleine Utopien notwendig oder brauchbar?

Akteure und Verantwortlichkeiten

Staatliche und paarstaatliche Akteure sowie Verbände und NGO's verfügen über eine Vielzahl von Instrumenten, die geeignet sind, die durch den Konsum verursachten Umweltbelastungen zu reduzieren. Zu denken ist an ökonomische, fiskalische und rechtliche Massnahmen sowie Standards, Vorgaben, Zertifikationen und Empfehlungen (soft laws).

Lösungsansätze: Regulierung, Zielsetzungen, fiskalische Anreize, Internalisierung von negativen Externalitäten, Standards und Normen, Investitionen in wesentliche Infrastrukturen und kollektive Güter und diese wieder verstaatlichen, Verfügungsrechte für Gemeingüter (Luft, Wasser, Landschaften, Gesundheit), Testbeds und Reallabors in Gemeinden und Kantonen implementieren.

Fragestellungen: Welche Akteure (Staat, Verbände, NGO, Bürger, Produzenten, Konsumenten) sind in der Verantwortung? Über welche Mittel und Instrumente verfügen sie? Welche Erfolge und Misserfolge sind bekannt und was kann man daraus lernen?

Von der Information zur Handlung

Täglich und in allen Medien wird die Zerstörung der natürlichen Umwelt und deren Folgen in Text, Bild, Ton und Grafiken thematisiert. Vor der drohenden Apokalypse wird nicht seit gestern, sondern seit rund 50 Jahren gewarnt.



Paradoxiertweise nimmt im Gleichschritt mit den Warnungen vor dem Kollaps der Verbrauch von natürlichen Ressourcen zu. Kurz, trotz allen Befunden und Hiobsbotschaften lassen sich vergleichsweise wenig Veränderung im Verhalten feststellen.

Lösungsansätze: Kommunikationsstrategien entwickeln, konkrete Ziele vermitteln, Empowerment der Konsumenten und Verbraucher, gute Praktiken, Stereotypen durchbrechen.

Fragestellungen: Wie können die abstrakten Befunde zur Zerstörung der natürlichen Grundlagen des Lebens handlungsleitend und wirksam im Alltagsleben vermittelt werden? Sind die soziale Transparenz, das Wissen über ein Produkt und dessen Folgen ein Weg? Insgesamt: Weshalb sind wir nicht in der Lage, das bestehende Wissen umzusetzen?

Konsum und Konsummuster

Die aktuellen Konsummuster in der Schweiz entsprechen hochgerechnet den natürlichen Ressourcen von rund drei Planeten. Rund drei Viertel des ökologischen Fussabdrucks der Schweiz wird über die Importe im Ausland verursacht. Haupttreiber sind die Bereiche Ernährung, Bauen und Wohnen sowie Mobilität. Aktuelle Trends im Konsum führen einerseits zu mehr Ressourcenverbrauch (wachsende Mobilität, Fast Food und Fast Fashion, kleine Haushalte). Andere Trends wie Sharing Economy, De-Materialisierung oder Internet der Dinge haben das Potenzial, den Konsum ressourcenschonender zu machen.⁸

Lösungsansätze: Reduktion der Nachfrage und Nutzung durch neue Verhaltensweisen (Consumer Behavior), neue Lebensstile, neue Narrative und Framings, neue Werte und Zukunftsbilder, soziale Transparenz (Verbindung von Produktion und Konsumtion: woher und wie?), neue Anreizstrukturen, Steuerungsmechanismen, mit Reallaboren und Mikrofinanzierungen, Modelle und Kulturen in den Bereichen Reduce, Share, Repair entwickeln und implementieren, zentrale gesellschaftliche Errungenschaften wachstumsunabhängig gestalten.

Fragestellungen: Mit welchen Instrumenten, Kompetenzen, Strukturen und Prozessen können Bund, Kantone und Gemeinden den Konsum steuern und die Ver-

schwendung eindämmen? Welche Akteure können in welcher Form in die Verantwortung genommen werden? Wie können die Ernährungs- und Konsumtionsgewohnheiten verändert werden? Welche Präferenzen bestimmen den Konsum? Wie werden Konsumentenscheide gefällt? Wie kann der Kunde kundig gemacht werden? Wie kann Lust auf weniger geweckt werden?

Expansiver Konsum als Kulturmodell

Mit dem Soziologen Harald Welzer gesprochen, zeichnet sich der expansive Konsum durch eine Optimierung des Falschen aus: Individualmobilität, Materialverbrauch, Reisen. Zugleich werde der Kunde, der zunehmend unkundig sei, mit Angeboten eingedeckt, die er entweder nicht nutzen könne oder die für ihn keinen Mehrwert schaffen (z.B. PS-starke Autos im Zeitalter der Geschwindigkeitsbeschränkungen oder Apparaturen, die nicht repariert werden können).⁹

Fragestellungen: Weshalb ist Konsum ein attraktiver Lebensstil? Welche Narrative, Erlebnisse und Bilder erzeugt die Konsumwelt? Welche Bedeutung hatte der Konsum über die Jahrhunderte? Welche Werte, Einstellungen, Vorstellungen, Gebote und Verbote beeinflussten den Konsum? Welches sind die Rollenmodelle der Reduktion? Kann *öko* ein attraktiver Lebensstil sein? Gibt es (Vor)bilder und Narrative einer nachhaltigen Zukunft?

Entkoppelung der Wohlfahrt und der Lebensqualität vom Ressourcenverbrauch

Erholungsgebiete, naturnahe Freiräume, Bewegung und Sport, gemeinnützige, freiwillige Arbeit, zivilgesellschaftliche Engagement und erfüllende Sozialkontakte im beruflichen und privaten Umfeld begünstigen ein hohes psychisches und physisches Wohlbefinden.¹⁰

Lösungsansätze: immaterieller Konsum, den Wohlstandsbegriff überdenken, in Gemeinschaftsgütern investieren (z.B. Bildung, Gesundheit), Reproduktion stärken (Erziehung, Betreuung und Pflege), Substitution von Geld durch freie Zeit, Entschleunigung, Verlagerung zu Dienstleistungen, Investition in Gemeinschaftsgüter, Nachhaltigkeitskulturen entwickeln, Überwindung der «Steigerungslogik»¹¹, Gemeinwohl-Ansätze.

8 Quelle: Dialog 2030 für nachhaltige Entwicklung, 23.10.2017.

9 Vgl. «Man könnte nur noch ein Auto pro Haushalt erlauben», Interview mit Harald Welzer, in: Tages-Anzeiger Magazin, 25. Januar 2020, S. 8–13.

10 Quelle: Dialog 2030 für nachhaltige Entwicklung, 23.10.2017.

11 Vgl. Rosa, Hartmut (2005): Beschleunigung: die Veränderung der Zeitstrukturen in der Moderne, Frankfurt a.M.



Fragestellungen: Was macht uns wirklich glücklich, was ist Wohlstand, was ist Gemeinwohl?

Was verstand man in verschiedenen Kulturen und Epochen unter einem *guten Leben*?

Neue Wirtschaftsmodelle

Was Phänomene wie die Corona-Krise, die Zerstörung von Natur, die zunehmende soziale Ungleichheit oder die Vernachlässigung von Infrastrukturen und Gemeingütern verbindet, ist ein globalisierter Kapitalismus, der auf einen maximalen Profit abzielt. Wo einst Konkurrenz für Fortschritt sorgte, wurde diese, durch verschiedene Faktoren¹² befördert, von einem schädlichen und destruktiven Wettbewerb abgelöst. Zudem ist eine zentrale Raison d'Être der Ökonomie, die Knappheit von Gütern, obsolet geworden: Knappheit ist heute nicht mehr Folge von mangelnder Produktivität, sondern Folge der ungleichen Verteilung von Gütern sowie der effizienten beziehungsweise sparsamen Nutzung von begrenzten natürlichen Ressourcen. In der Produktion sind wir mit einer Überschussproblematik konfrontiert. Die Herausforderung ist daher heute, die *Verschwendung* von weiterhin knappen natürlichen Ressourcen zu reduzieren und die ungleiche Verteilung der Produkte zu überwinden.

Lösungsansätze: umwelt- und sozialverträgliche Wirtschaftsmodelle, Entkoppelung des Ressourcenverbrauchs vom gesellschaftlichen Fortschritt, Resilienz als Leitziel, Alternativen zum Bruttonationalprodukt (z.B. nach den Empfehlungen der Stiglitz-Sen-Fitoussi-Kommission). Als Alternativen zum gegenwärtig dominanten Neoliberalismus bieten sich die Institutional Economics und der Ordoliberalismus an: Erstere verstehen Märkte, Rechtsnormen, Verfügungsrechte und Organisationen als Institutionen, die den ökonomischen Austausch erst ermöglichen. Letztere gehen davon aus, dass Märkte eine Wirtschaftsordnung beziehungsweise eine Wirtschaftsverfassung zur Voraussetzung haben, wobei die Wettbewerbsordnung sowie die Konstanz der Wirtschafts- und Währungspolitik im Fokus steht. Eine Übersicht gibt das von Neil Smelser und Richard Swedberg herausgegebene «Handbook of Economic Sociology» (erstmalig 1994).

Fragestellungen: Wie und mit welchen Modellen können die Wirtschaftswissenschaften statt des Wachstums die Reduktion adressieren? Wie kann der Fortschritt vom Ressourcenverbrauch entkoppelt werden? Wie kann die Wohlfahrt und das gute Leben vom Wachstum entkop-

pelt werden? Welche Daten und Kennzahlen sind für eine Postwachstum-Ökonomie relevant? Wie wird die Effizienz und Effektivität, kurz die «performance» einer Postwachstum-Ökonomie gemessen? Wie kann die Wirtschaft umwelt- und sozialverträglich ausgestaltet werden? Wie wurden der Konsum und die Nutzung von Ressourcen in der Vergangenheit reguliert und mit welchem Erfolg? Welche Steuerungsinstrumente und Anreize können heute eingesetzt werden? Trifft die These von Horkheimer und Adorno zu, dass jede Hochkultur die «natürliche Umgebung» massiv verändert beziehungsweise zerstört?

Bern, im August 2020, Markus Zürcher, Heinz Nauer (Redaktion)

Referenzen

Bertelsmann Stiftung und Sustainable Development Solutions Network (2019): [Sustainable Development Report 2019](#).

Bundesamt für Statistik (2018): [Agenda 2030 in Kürze 2018/23 Schlüsselindikatoren für das Monitoring der Nachhaltigkeitsziele der Agenda 2030](#), Neuchâtel.

gfs.bern (2010): [Erfolgsdreieck von Umweltinformationen: Prägnant, präzise und prämiert](#). Studienbericht im Auftrag vom Bundesamt für Umwelt, Bern.

Kroll, Christian (2016): [Sustainable Development Goals: Are the rich countries ready?](#), hg. von der Bertelsmann Stiftung.

SAGW (2012): [Nachhaltige Ressourcenverwendung und umweltgerechte Lebensstile \(Bulletin 4\)](#).

SAGW (2018): [Sustainable Development Goals \(Bulletin 2\)](#).

Schweizerischer Bundesrat (2016): [Strategie Nachhaltige Entwicklung 2016–2019](#), Bern.

Schweizerischer Bundesrat (2016): [Bericht über die Schweizer Strategie zur Umsetzung der UNO-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte](#), Bern.

¹² Stellvertretend für weitere: Zunahme von Monopolen, Finanzkapitalismus (und nicht Marktkapitalismus), Privatisierung von Kollektivgütern und Infrastrukturen (Tragedy of the commons), Abnahme der Lohninkommen und Zunahme der Vermögenseinkommen.



Schweizerische Eidgenossenschaft (2013): [Grundlagenbericht Rohstoffe. Bericht der interdepartementalen Plattform Rohstoffe an den Bundesrat](#), Bern.

Weitere Referenzen werden gesammelt und laufend auf der Website der SAGW unter sagw.ch/sagw/themen/konsum publiziert.

Schweizerische Eidgenossenschaft (2013): [Aktionsplan Grüne Wirtschaft. Faktenblatt](#), Bern.

Schweizerische Eidgenossenschaft (2015): [Gesellschaftliche Verantwortung der Unternehmen. Positionspapier und Aktionsplan des Bundesrates zur Verantwortung der Unternehmen für Gesellschaft und Umwelt](#), Bern.

Schweizerische Eidgenossenschaft (2016): [Grüne Wirtschaft. Massnahmen des Bundes für eine ressourcenschonende, zukunftsfähige Schweiz. Bericht an den Bundesrat](#), Bern.

Schweizerische Eidgenossenschaft (2018): [Die Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung durch die Schweiz. Länderbericht der Schweiz 2018](#), Bern.

Schweizerische Eidgenossenschaft (2018): Die Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung durch die Schweiz. Bestandesaufnahme für den Länderbericht 2018, Bern.

Smelser, Neil J. und Richard Swedberg (2005): *The Handbook of Economic Sociology*, 2. Aufl., Princeton (erstmalig 1995).

Stiftung Mercator Schweiz: [Nachhaltiger Konsum – Die Suche nach dem rechten Mass](#) (Projektlaufzeit 2015–2016).

Stiglitz, Joseph E., Amartya Sen und Jean-Paul Fitoussi (2009): [Report by the Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress](#).

Sustainable Development Solutions Network Switzerland (2019): [Über Silos hinweg kohärente Politik gestalten. Die Bedeutung von Wechselwirkungen zwischen den SDGs für eine weitsichtige Nachhaltigkeitspolitik der Schweiz](#), Zürich.

Visschers, Vivianne (2009): Konsumverhalten und Förderung des umweltverträglichen Konsums. Bericht im Auftrag des Bundesamtes für Umwelt, hg. von der ETH Zürich.

WWF (2018): [Living Planet Report 2018](#). Kurzfassung.



Anhang I

Figure 5 | SDG Dashboard for OECD Countries

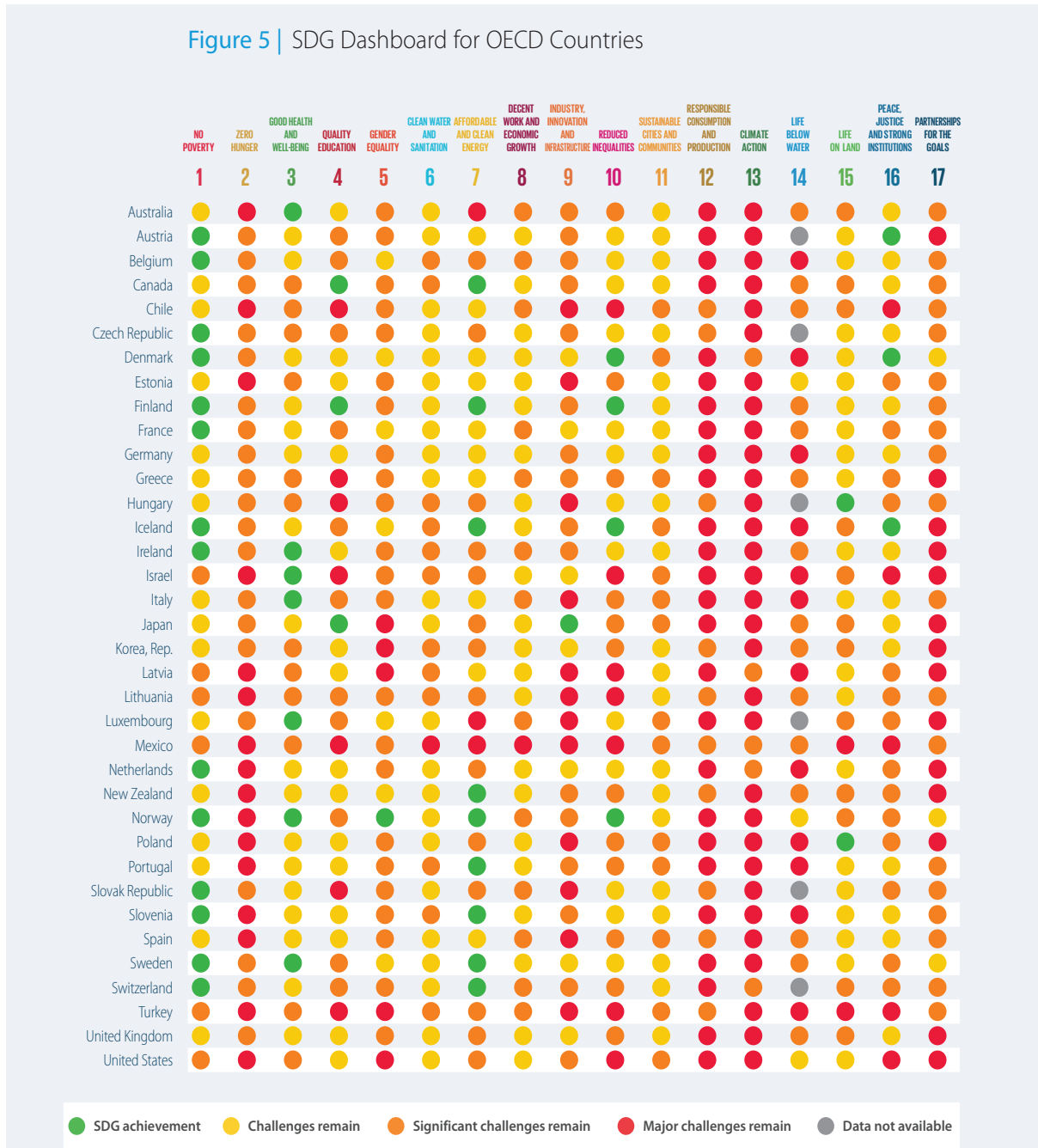


Abb.7: SDG Dashboard for OECD Countries
 Quelle: Bertelsmann Stiftung und Sustainable Development Solutions Network (2019), S. 24.



SWITZERLAND

OECD Countries

OVERALL PERFORMANCE

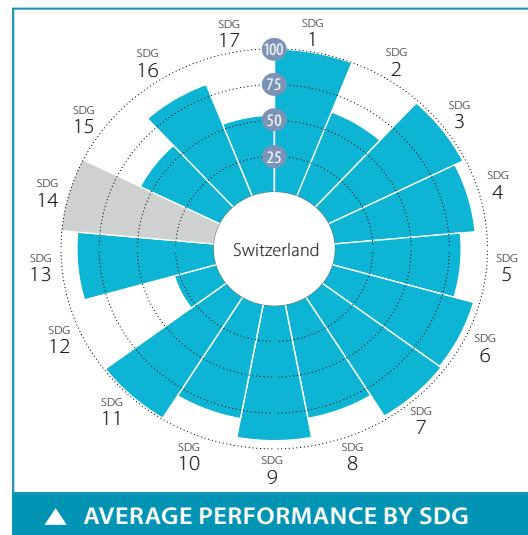
Index score



Regional average score



SDG Global rank 17 (OF 162)



SPILOVER INDEX

100 (best) to 0 (worst)

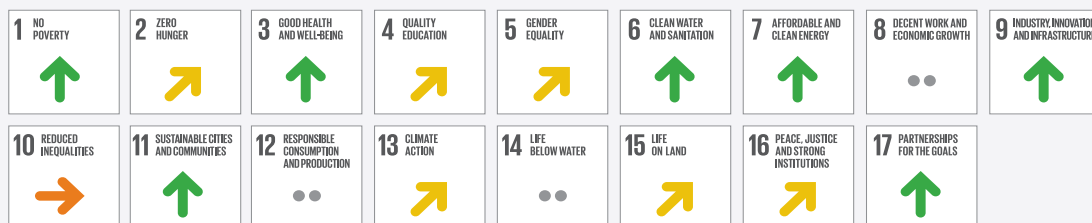


CURRENT ASSESSMENT – SDG DASHBOARD



Major challenges Significant challenges Challenges remain SDG achieved Information unavailable

SDG TRENDS



Decreasing Stagnating Moderately improving On track or maintaining SDG achievement Information unavailable

Abb.8: Länderprofil der Schweiz
 Quelle: Bertelsmann Stiftung und Sustainable Development Solutions Network (2019), S. 414–415.

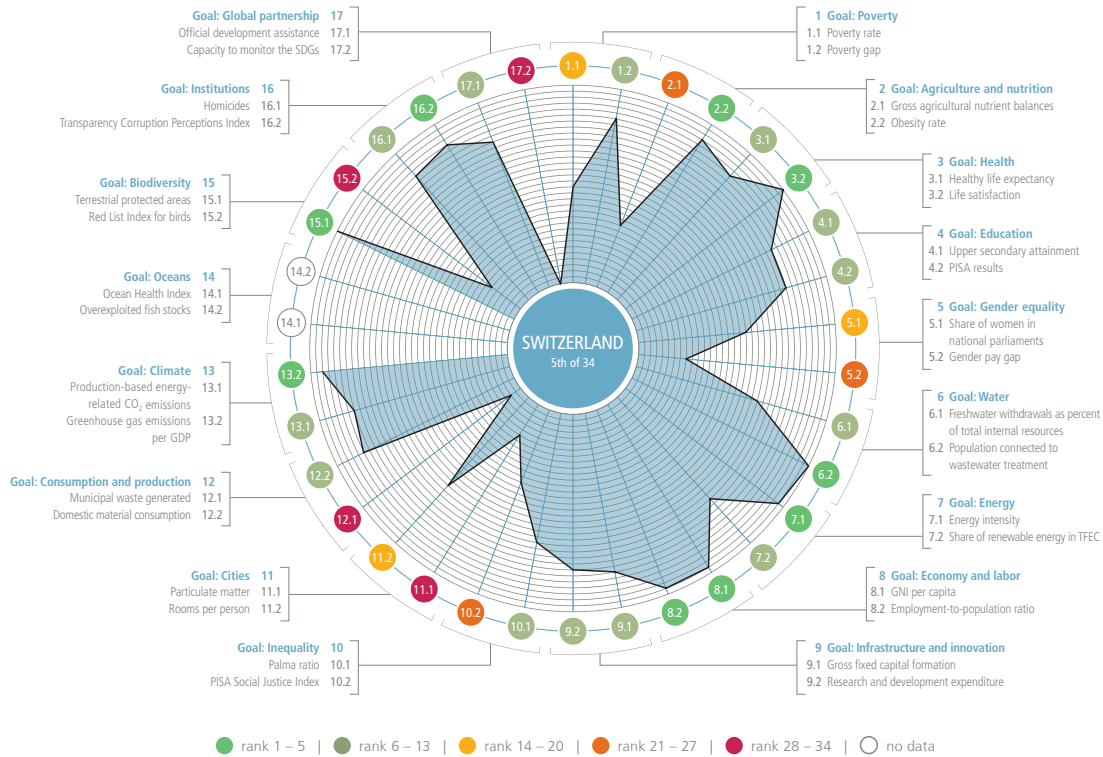


Abb.9: GAP-Analyse der Schweiz
 Quelle: Bertelsmann Stiftung (2016), S. 50.



Anhang II

Schweizerische Eidgenossenschaft (2018): Die Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung durch die Schweiz. Bestandesaufnahme für den Länderbericht 2018, Bern, S. 39–43.

5.12 SDG 12: Für nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster sorgen

Der Schweizer Konsum ist in den letzten 30 Jahren überproportional zum Bevölkerungswachstum gestiegen. Obwohl einzelne für den Konsum relevante Indikatoren wie das Abfallaufkommen weiter steigen, zeigt der ökologische Fussabdruck für die Gesamtumweltbelastung des Schweizer Konsums pro Person seit 2000 einen deutlichen Abwärtstrend. Diese Abnahme ist insbesondere auf inländische Fortschritte in den Bereichen Wasser, Luft und Ozonabbauende Substanzen zurückzuführen und ist insgesamt nicht ausreichend, um ein Belastungsniveau zu erreichen, das mit den Zielen der Schweizer Umweltpolitik vereinbar ist. Die durch den Konsum in der Schweiz verursachte Umweltbelastung im Ausland nahm deutlich zu und machte 2015 über 75 Prozent der gesamten Umweltbelastung aus. Der Treibhausgas-Fussabdruck pro Kopf zeigt eine stagnierende Tendenz, während der Biodiversitäts-Fussabdruck pro Kopf steigt. Hochgerechnet auf die Weltbevölkerung sind diese Fussabdrücke nicht vereinbar mit den Belastbarkeitsgrenzen des Planeten. Abschätzungen möglicher Zukunftsentwicklungen zeigen beachtliche Verbesserungspotenziale, z.B. beim Konsumverhalten und in Lieferketten, machen aber auch deutlich, dass verstärkte Anstrengungen insbesondere im Bereich Mobilität (Flugverkehr) nötig sind.

Der Übergang zu einer ressourcenschonenden und zukunftsfähigen Wirtschaft, die ihre Verantwortung entlang der ganzen Wertschöpfungskette wahrnimmt, ist deshalb ein erklärtes Ziel des Bundes, das er zusammen mit der Wirtschaft angehen will. Der Bund erarbeitet Grundlagen und setzt Rahmenbedingungen, etwa mit den Aktivitäten im Aktionsplan Grüne Wirtschaft 2013 und dem entsprechenden Massnahmenplan 2016, aber auch mit dem Positionspapier und Aktionsplan des Bundesrates zur Verantwortung der Unternehmen für Gesellschaft und Umwelt 2015, dem Nationalen Aktionsplan zur Umsetzung der UNO-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte 2016 sowie dem Grundlagenbericht Rohstoffe (2013). Der Bundesrat erstattet über die Umsetzung der Aktionspläne regelmässig Bericht und prüft deren Anpassungsbedarf.

Natürliche Ressourcen effizient nutzen

Der Verbrauch natürlicher Ressourcen wird durch Produktions- und Konsummuster bestimmt. Bei der Produktion sind die Nahrungsmittelproduktion, die Chemie, der Energiesektor und das Bauwesen besonders umweltrelevant. Abbau und Verbrauch von natürlichen Ressourcen tragen zur Gefährdung der Ökosysteme, zum Verlust der biologischen Vielfalt und zur Zunahme der Luft-, Boden- und Wasserverschmutzung bei. Dies führt weltweit zu hohen wirtschaftlichen Verlusten, gesundheitlichen Problemen und dem frühzeitigen Tod vieler Menschen. Für eine nachhaltige Veränderung in Richtung einer effizienten Ressourcennutzung ist das Engagement der Unternehmen, der Wissenschaft und der Zivilgesellschaft unerlässlich. Der Bund fördert dieses Engagement, indem er Basiswissen und Instrumente zur Verfügung stellt und den Dialog aller involvierten Akteure unterstützt. Zudem sind technische und soziale Innovationen, *Cleantech* und *Green Chemistry* wichtige Voraussetzungen für die Minderung des Ressourcenverbrauchs.

Eine besondere Herausforderung ist die Internalisierung externer Effekte. Angebot und Nachfrage sind aus volkswirtschaftlicher Sicht suboptimal, wenn die Marktpreise nicht die vollständigen Kosten wiedergeben, was zurzeit in der Schweiz überwiegend noch der Fall ist. Eine Internalisierung ist nicht immer möglich. Lösungsansätze sind die Lenkungsabgaben auf CO₂ und VOC (*volatile organic compounds*) sowie die Schwerverkehrsabgabe, wie sie in der Schweiz erhoben werden. Sie ermöglichen eine teilweise Internalisierung externer Kosten und die Stärkung des Bewusstseins von Investorinnen und Investoren und Unternehmen bezüglich der zunehmenden Knappheit der natürlichen Ressourcen. Eine vollständige Einpreisung des Klimaerwärmungspotenzials von Treibhausgasen ist aber dadurch nicht erreicht.

Die Abfallproduktion reduzieren

In der Schweiz entstehen jährlich rund 80-90 Millionen Tonnen Abfall, mit steigender Tendenz. Den grössten Anteil daran machen Bauabfälle aus. Aufgrund des hohen Lebensstandards hat die Schweiz mit 716 kg Abfall pro Jahr pro Person eines der grössten Siedlungsabfallaufkommen der Welt. Die Behörden fördern sämtliche Arten von Recycling aktiv. 2016 wurden 96 Prozent des



Altglases, 90 Prozent der Getränkedosen aus Aluminium, 82 Prozent der PET-Getränkeflaschen und 68 Prozent der Batterien und Akkus recycelt. Die Recyclingquote ist bei den Siedlungsabfällen von gut 30 Prozent im Jahr 1992 auf rund 53 Prozent im Jahr 2016 gestiegen. Abfälle, die nicht separat gesammelt werden, werden in Kehrichtverbrennungsanlagen entsorgt, die strenge Umweltschutzvorschriften erfüllen und Energie produzieren. Die Abfallwirtschaft ist ein gut funktionierendes System mit öffentlichen und privaten Akteuren. Die Abfallpolitik des Bundes konzentriert sich bei den Massnahmen auf eine bessere Separatsammlung, auf die Kontrolle der Sonderabfälle und anderer kontrollpflichtiger Abfälle sowie auf die Umsetzung des Verursacherprinzips. Er legt ein besonderes Augenmerk auf Verpackungsmaterialien, neue Baumaterialien und Baumethoden sowie auf die Optimierung des Metallrecyclings.

Herausforderungen bestehen insbesondere bei der Abfallvermeidung. Zurzeit wird verwaltungsintern ein Konzept dazu erstellt. Verbesserungspotenzial besteht auch beim Recycling von biogenen Abfällen, Kunststoffen und Batterien.

Kreislaufwirtschaft fördern

Angesichts des steigenden Drucks auf die natürlichen Ressourcen und den Auswirkungen des steigenden Konsums auf Umwelt und soziale Bedingungen, reicht klassischer Umweltschutz nicht aus, um das Wohlergehen heutiger und künftiger Generationen zu sichern. Ergänzend braucht es eine Politik, die auf die Schonung und eine effiziente Nutzung dieser Ressourcen abzielt und den gesamten Lebenszyklus der Ressourcen betrachtet und die sogenannte Kreislaufwirtschaft fördert. Stoffkreisläufe (z.B. bei Phosphor) sollen geschlossen, Metalle vermehrt aus der Schlacke der Kehrichtverbrennungsanlagen zurückgewonnen (*urban mining*) und Produkte durch entsprechendes Design langlebiger und besser reparierbar gemacht werden. Der Bund setzt dabei vor allem auf den Dialog (z.B. Ressourcentialog 2017) und die Eigenverantwortung der betroffenen Branchen und gibt in besonders relevanten Bereichen auch quantitative Ziele vor. Die Entwicklung und konsequente Nutzung von Sekundärrohstoffen soll dazu beitragen, die Abhängigkeit der Schweiz zu reduzieren und die natürlichen Ressourcen weltweit zu schonen.

Verschwendung von Nahrungsmitteln vermeiden

Die konsumbedingte Umweltbelastung der Schweizer Bevölkerung – im In- und Ausland – wird durch einen grossen Teil durch die Ernährung verursacht. Entlang der ganzen

Wertschöpfungskette gehen Lebensmittel verloren, vom Feld bis auf den Teller, bei den Bauern, den Herstellern, den Grosshändlern, den Restaurants und den Verbrauchern.

Mit einer Reihe von Auftragsstudien liess der Bund eine Datengrundlage erarbeiten, um den Anteil der vermeidbaren Abfälle auf allen Stufen zu schätzen. In einer gemeinsamen Kampagne wollen Konsumentenorganisationen, Detailhandel, Bund und Kantone die Bevölkerung für nachhaltige Verhaltensänderungen sensibilisieren. Eine Herausforderung ist die Bekämpfung der Lebensmittelverschwendung in den Privathaushalten, die für rund 45 Prozent der anfallenden Lebensmittelabfälle verantwortlich sind. Gemäss einer Studie zur Kehrichtzusammensetzung 2012, beläuft sich alleine die Menge der Nahrungsmittelabfälle, die mit dem Siedlungsabfall in die Kehrichtverbrennungsanlagen gelangen, auf rund 250 000 Tonnen pro Jahr. Diese Menge ist mehrheitlich auf den privaten Konsum zurückzuführen.

Nachhaltige und transparente Wertschöpfungsketten fördern

Während viele Unternehmen und Organisationen in der Schweiz über ein systematisches Umweltmanagement verfügen und die Ressourceneffizienz steigern konnten, ist das Bewusstsein für die Verantwortung entlang der Wertschöpfungskette noch nicht überall verankert. Dies betrifft sowohl die Einhaltung der jeweils nationalen Arbeitsgesetze und die Kernübereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), wie auch die Respektierung nationaler Umweltgesetzgebungen und die Umsetzung der Empfehlungen der OECD und der UNO zur Sorgfaltsprüfung in der Lieferkette und der internationalen Branchenstandards. Die Schweiz war bei der Erarbeitung vieler solcher rechtlich nicht verbindlicheren Standards sehr aktiv engagiert, und fördert deren Umsetzung. Die Berichterstattung über die Einhaltung von sozialen und Umweltstandards entlang der Wertschöpfungskette ist nicht verpflichtend, wird aber von vielen grossen und multinational tätigen Unternehmen umgesetzt.

Der Bund engagiert sich zusammen mit verschiedenen Organisationen für eine relevante und wirkungsvolle Berichterstattung. Die Empfehlungen von hochrangigen Institutionen aus dem Finanzbereich (z.B. *Taskforce on Climate-related Financial Disclosure*) tragen dazu bei, die Unternehmensberichterstattung zunehmend strategischer und umfassender auszugestalten. Der Bund trägt zudem über wissenschaftliche Grundlagen und verlässliche Umweltdaten zu einer korrekten Information und Bewertung bei.



Trotz vielversprechender Fortschritte bleibt die Transparenz und Nachverfolgbarkeit sowie die Umsetzung von Umwelt- und Sozialstandards entlang von Wertschöpfungsketten eine wesentliche Herausforderung.

Unternehmensverantwortung stärken – auch über die Grenzen hinweg

In der Schweiz sind zahlreiche international tätige multinationale Unternehmen ansässig. Einige haben Geschäftstätigkeiten in Entwicklungsländern mit weniger stabilem Rechtsstaat und weniger strengen sozialen und ökologischen Vorschriften. Die Schweizer Unternehmen schaffen Arbeitsplätze und sorgen für Wohlstand. Bisweilen können diese Unternehmen aber auch unerwünschte Nebeneffekte hervorrufen, namentlich in Bezug auf die Wirksamkeit der nationalen Steuersysteme, bei Umweltaspekten und im Zusammenhang mit den Menschenrechten. Der Bundesrat erwartet von den Unternehmen mit Sitz in der Schweiz, dass sie ihre Verantwortung in den Bereichen Menschenrechte und Umwelt in allen ihren Aktivitäten wahrnehmen, auch bei Abwesenheit von expliziten rechtlichen Normen. Er anerkennt dabei das bereits bestehende freiwillige Engagement der Wirtschaft in diesen Bereichen. Die Erwartungen der Schweiz an die Unternehmen betreffend ihrer Verantwortung unter anderem für Arbeitsbedingungen, Menschenrechte und Umwelt sowie konkrete Aktivitäten des Bundes sind im CSR-Positionspapier und Aktionsplan zur Verantwortung der Unternehmen für Gesellschaft und Umwelt sowie der Strategie zur Umsetzung der UNO-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte dargelegt. Der Bundesrat befürwortet einen Smart-Mix von rechtlich nicht verbindlichen und nötigenfalls ergänzenden gesetzlichen Vorschriften sowie von nationalen und internationalen Massnahmen. Er setzt aber zurzeit hauptsächlich auf rechtlich unverbindliche Massnahmen und auf eine international koordinierte Vorgehensweise. Er beobachtet die internationale Entwicklung und prüft die Einführung einer analogen Nachhaltigkeitsberichterstattung durch Unternehmen zur EU. Der Bund fördert die Ausarbeitung und Umsetzung von internationalen Standards zur verantwortungsvollen Unternehmensführung wie der OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen. Der Nationale Kontaktpunkt der Schweiz steht bei Eingaben betreffend vermuteten Verstössen gegen die OECD-Leitsätze als aussergerichtliche Schlichtungsstelle zur Verfügung.

Nachhaltiges Konsumverhalten ermöglichen und fördern

Der Konsum der Haushalte stieg im Verhältnis zum Bevölkerungswachstum seit den 1990er-Jahren stärker an. Die

Bevölkerung nahm zwischen 1996 und 2015 um 17 Prozent zu, während die Konsumausgaben der Haushalte zu laufenden Preisen um 35 Prozent anstiegen. Die Gesamt-Umweltbelastung pro Kopf ging seit 2000 dennoch um 15 Prozent zurück, was als Zeichen einer zunehmenden Nachfrage nach ressourcenschonenden Produkten und Dienstleistungen gedeutet werden kann. Die Konsumentinnen und Konsumenten können einen erheblichen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung leisten, wenn sie ausreichend über die ökologischen und sozialen Folgen sowie über Themen wie Qualität, Sicherheit und Gesundheit im Zusammenhang mit den einzelnen Produkten aufgeklärt werden. Der Bund fördert die Aufklärung und Sensibilisierung der Konsumentinnen und Konsumenten, indem er Konsumentenorganisationen finanziell unterstützt. Er überwacht und kontrolliert ausserdem den Markt in Branchen wie Holz, Chemikalien und Fahrzeuge.

Das Bevölkerungswachstum ist im Hinblick auf die notwendige Reduktion und Anpassung des Ressourcenverbrauchs eine Herausforderung. Für einen Wandel des Konsumsystems braucht es systemische Veränderungen. Eine weitere Schwierigkeit besteht im Ausbau von Transparenz und Rückverfolgbarkeit in der Wertschöpfungskette.

Nachhaltige Beschaffung verwirklichen

Die Waren und Dienstleistungen, die Bund, Kantone und Gemeinden einkaufen sowie die Bauarbeiten, die diese in Auftrag geben, belaufen sich pro Jahr auf 41 Milliarden Franken, das sind 7 Prozent des BIP der Schweiz. Rund 80 Prozent der Beschaffungen werden von den Kantonen und Gemeinden getätigt. Der Bund nimmt bei seinem Konsumverhalten eine Vorbildfunktion ein, indem er im Rahmen seiner Beschaffungstätigkeit Produkte nachfragt und Bauwerke realisiert, die Wirtschaftlichkeits-, Umwelt-, Sozial- und Gesundheitsaspekten genügen. Das Bundesgesetz über das öffentliche Beschaffungswesen befindet sich zurzeit in Revision. Wenn das Parlament den Antrag des Bundesrates annimmt, werden die Nachhaltigkeitsaspekte gesetzlich verankert.

Bei der Vorbildfunktion des Bundes geht es um die Schaffung strategischer Rahmenbedingungen für nachhaltige Beschaffungen, welche die verschiedenen Ziele, Instrumente und Organe berücksichtigen. Mit der Verabschiedung einer Strategie könnten die Aspekte Vereinfachung, Standardisierung und Optimierung für Auftraggeber und Anbieter geprüft werden. Die Grundsätze der gesellschaftlichen Verantwortung der Unternehmen müssen Bestandteil eines modernen Beschaffungswesens sein. Dazu gehören auch ein regelmässiges Monitoring und die



Festlegung messbarer Ziele.

Nachhaltigkeit und Transparenz im Rohstoffsektor stärken

Die weltweit zentrale Stellung im Rohstoffhandel fordert die Schweiz auf verschiedene Weise heraus. Insbesondere stellen sich Herausforderungen bezüglich der Einhaltung von Menschenrechten, Umwelt- und Sozialstandards sowie der Transparenz u.a. von Finanzflüssen bei der Rohstoffförderung. Mit diesen Herausforderungen können auch Reputationsrisiken für einzelne Unternehmen sowie für die Schweiz verbunden sein. Der Bundesrat hat deshalb 2013 Massnahmen genehmigt, die dazu dienen, die Standortattraktivität, mehr Transparenz bezüglich Finanz- und Produktionsflüssen, sowie eine verantwortungsvolle Unternehmensführung zu gewährleisten. Die Schweiz beurteilt regelmässig die Lage der Schweizer Rohstoffbranche betreffend Wettbewerbsfähigkeit, Integrität, Umwelt- und weiteren Aspekten. Zur Stärkung dieser Aspekte setzt die Schweiz eine Mischung von Instrumenten unterschiedlicher rechtlicher Verbindlichkeit ein. So wird beispielsweise in Zusammenarbeit mit betroffenen Akteuren eine Anleitung für die menschenrechtliche Sorgfaltsprüfung und Berichterstattung für Rohstoffhandelsunternehmen erarbeitet. Im Rahmen der Aktienrechtsrevision prüft die Schweiz die Einführung von Bestimmungen zur Stärkung der *Corporate Governance* und zur Transparenz im Rohstoffsektor.

Auf internationaler Ebene engagiert sich die Schweiz u.a. bei der OECD und im Rahmen des UNO-Umweltprogramms, insbesondere dem Internationalen Ressourcen Panel, für die Stärkung der Gouvernanz und Transparenz, unter anderem durch die Erarbeitung und Anwendung internationaler Leitlinien für den Rohstoffsektor. So unterstützt die Schweiz beispielsweise die Umsetzung der OECD *Due Diligence Guidance for Responsible Supply Chains of Minerals from Conflict-Affected and High-Risk Areas*. Weiter fördert sie die *Extractive Industries Transparency Initiative* und damit die Offenlegung von Zahlungen an Regierungen. Die Schweiz wird 2018 erneut die Lage der Schweizer Rohstoffbranche betreffend Wettbewerbsfähigkeit, Integrität, Umwelt- und weiteren Aspekten beurteilen.

Die Vollversammlung des UNO-Umweltprogramms hat das Internationale Ressourcenpanel beauftragt, bis 2019 Bericht über Stand, Tendenzen und Perspektiven der Nutzung natürlicher Ressourcen zu erstatten, sowie Optionen zu erarbeiten, wie das nachhaltige Management von natürlichen Ressourcen verbessert werden kann. Diese Berichterstattung ist ein wichtiges Instrument, um Unter-

nehmen zu nachhaltigen Produktionsmustern und zur Internalisierung externer Kosten zu bewegen.

Der internationale Beitrag der Schweiz

Konsum und Produktion der Schweiz sind international stark verflochten. Wie bereits erwähnt, machte die durch den Konsum in der Schweiz verursachte Umweltbelastung im Ausland 2015 über 75 Prozent der gesamten Umweltbelastung der Schweiz aus. Zudem ist die Schweiz Sitz vieler multinational tätiger Unternehmen, die auch im Ausland produzieren. Die Respektierung der Menschenrechte und der internationalen Umweltstandards ist eine unerlässliche Voraussetzung für eine nachhaltige Entwicklung zum Wohl jedes Einzelnen. Während national die Lebensmittelabfälle ein Problem darstellen, gehen in vielen Entwicklungsländern grosse Mengen an Saatgut und Getreiden direkt nach der Ernte verloren, was die Ernährungssicherheit gefährdet. Gemäss FAO gehen jedes Jahr 15 Prozent der Getreideernte verloren. Die Schweiz setzt sich deshalb auch international für nachhaltige Produktions- und Konsummuster und die Reduktion von Lebensmittelverlusten ein. Schwerpunkte sind:

- **Die Grüne Wirtschaft auf internationaler Ebene fördern** durch die Beteiligung an der Entwicklung international harmonisierter Regeln für die Reduktion des ökologischen Fussabdrucks und die Unterstützung des 10-Jahresrahmens für Programme zur Förderung nachhaltiger Konsum- und Produktionsmuster der UNO insbesondere durch die Co-Leitung des Programmes für Nachhaltige Ernährungssysteme des 10-Jahres Rahmens für Programme zur Förderung nachhaltiger Konsum- und Produktionsmuster der UNO. Zudem unterstützt die Schweiz internationale Plattformen zum Wissensaustausch, beteiligt sich an Initiativen für eine grüne Wirtschaft auf europäischer Ebene und ist aktiv im Rahmen der internationalen Abfall- und Chemikalienkonventionen, deren Sitz sich in Genf befindet.
- **Lebensmittelverluste in Entwicklungsländern reduzieren**, besonders Nachernteverluste und entlang der gesamten Wertschöpfungskette vom Feld bis auf den Teller und zum Verzehr. In Zusammenarbeit mit den spezialisierten UN-Organisationen engagiert sich die Schweiz namentlich in den Bereichen Innovation, Weiterentwicklung der technischen Möglichkeiten in kleinen Genossenschaften, Kapazitäten von Kleinbauern, in neue Technologien zu investieren, sowie Unterstützung von Regierungen bei der Erarbeitung eines rechtlichen und institutionellen Rahmens.



Beispielhafter Beitrag zum SDG

Konzerne gestalten ihre Wertschöpfungsketten nachhaltig

103 Schweizer Firmen aus dem Detailhandel engagieren sich im Rahmen der *Business Social Compliance Initiative* (amfori), um soziale und ökologische Standards in ihrer Lieferkette sicher zu stellen. Die Initiative setzt auf Schulung und Ausbildung der Produktionsstätten und betreibt eine Monitoringplattform für Wertschöpfungsketten. Damit trägt sie zur kontinuierlichen Verbesserung der weltweiten Unternehmensverantwortung in den Bereichen Arbeits- und Kinderrechte sowie Umweltschutz bei. *Amfori* vereinigt über 2000 Unternehmen in 37 Ländern, engagiert sich auch im Politik-Dialog in den Produktionsländern und arbeitet mit der ILO zusammen.

<http://www.amfori.org>

5.13 SDG 13: Umgehend Massnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen ergreifen

Der Temperaturanstieg seit Beginn der Industrialisierung war in der Schweiz ungefähr doppelt so hoch wie im globalen Mittel. Sie ist daher vom Klimawandel in besonderem Masse betroffen. Mit den Temperaturen hat sich auch das Niederschlagsregime geändert und die Schneefallgrenze steigt.